



Freizi-Vorplatz: Fällt Planung ins Wasser?

Der Vorplatz des Freizeitheims soll attraktiver werden. Die Behörde baut mit einer Klausel in der Baugenehmigung aber offenbar große Hürden auf.

FOTO: HENNING HASSELBERG

Der Vorplatz des Jugendfreizeitheims am Wilhelm-Dehlwes-Platz soll für die Jugendlichen attraktiver werden. Geplant sind ein Unterstand, ein Ballfangzaun und flexible Tore. Nachdem die Pläne weit gediehen waren, steht das Projekt plötzlich wieder auf der Kippe. Die Auflagen der Baubehörde sorgen im Ortsteil für Aufregung. Beirat und Betreiber des Jugendheims sprechen von einer Blockadehaltung.

VON KLAUS GÖCKERITZ

Borgfeld. Will die Behörde den Ausbau des Vorplatzes am Jugendfreizeitheim an der Daniel-Jacobs-Allee verhindern? Diesen Verdacht äußerte Beiratssprecher Gerd Ilgner (SPD) im Verlauf der jüngsten Beiratssitzung. Nachdem lange Zeit über eine Neugestaltung diskutiert und vor zwei Jahren schließlich eine Lösung erarbeitet wurde, sprechen die Beteiligten jetzt von einem Dilemma. Hintergrund ist eine von der Behörde verlangte Widerrufsklausel in der Baugenehmigung.

„Dies bedeutet, dass bei Beschwerden über das Verhalten von Jugendlichen alles Gebaute wieder abgerissen werden muss“, bemängelte Ilgner. Auch Martin Schumacher kann das Vorgehen der Baubehörde

nicht nachvollziehen. Dass die Nacht- und Mittagsruhe eingehalten werden müsse, sei klar. Aber dass Beschwerden einzelner Anwohner für einen Rückbau ausreichend sein sollen, könne er absolut nicht nachvollziehen, stellte der Grünen-Politiker fest. Mit einer möglichen Rückbauverpflichtung werde die Arbeit von vielen Ehrenamtlichen und des Beirats torpediert, empörten sich die Stadtteilpolitiker und wiesen auf eine „unendliche Geschichte“ zum Ausbau des Vorplatzes hin.

Ilgner erinnerte an einen runden Tisch, eine gemeinsame Planung und mehrere von den Jugendlichen entwickelte Modelle, außerdem sei bereits ein Architekt beauftragt worden. Mit einer Rückbauklausel würden die Bemühungen aller Beteiligten torpediert. Dies sei umso ärgerlicher, weil der zuständige Senator keine Mittel zur Verfügung gestellt habe. Vielmehr wolle die Wirtschaft mit Geldern in Höhe von rund 45000 Euro einspringen, außerdem würden Globalmittel in Höhe von 5000 Euro fließen. Die jetzt gezeigte Haltung der Baubehörde komme einem Aus für das Projekt gleich.

„Welcher Privatmann würde bauen, wenn er sein Haus im Zweifel wieder abreißen müsste“, fragte Ilgner in der Runde. Betreiber des Jugendfreizeitheims und An-

tragsteller sind der Kreisverband des Roten Kreuzes und der Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit (Vaja). „Was derzeit passiert, ist Wahnsinn“, sagt Petra Brandt zu der geforderten Rückbauklausel. Die Mitarbeiterin des Vaja äußert den Verdacht, dass für Borgfeld ein Sonderrecht geschaffen werden soll und weist auf ein aktuelles Beispiel in Hemelingen hin. Dort sei kürzlich ein ähnliches Projekt feierlich eingeweiht worden – und dies unter Beteiligung von Bürgermeister Jens Böhrnsen.

Springen die Förderer ab?

Bernd Abmann vom Roten Kreuz findet eine Widerrufsklausel „unmöglich. Es ist klar, dass wir eine solche Klausel nicht akzeptieren können.“ Der DRK-Mitarbeiter fürchtet gleichzeitig, dass die Zusage der Förderer, darunter die Bremer Landesbank, verfallen könnte. Mit der weiteren Verzögerung werde zudem das Engagement der Jugendlichen ad absurdum geführt. Viele junge Menschen hätten sich in der Vergangenheit für die Gestaltung eingesetzt und warteten darauf, dass endlich etwas passiere.

Abmann kann das Verhalten der Behörde auch aus einem anderen Grund nicht nachvollziehen. Das Rote Kreuz betreibe Jugendheime unter anderem in Alt-Au-

mund, Rablinghausen, in der Neustadt und in Findorff. Und dort sei ein möglicher Rückbau nie ein Thema gewesen. „Ich habe noch nie von einer solchen Klausel gehört, das ist mir absolut unverständlich“, sagt auch Ortsamtsleiter Jürgen Linke.

Die Behörde hält sich in der Sache dagegen sichtlich bedeckt. Das Thema sei in der Prüfung, und zu einem laufenden Verfahren werde sie sich nicht äußern, sagte Astrid Seitz auf Nachfrage unserer Zeitung. Die Abschnittsleiterin im Haus des Bausenators ließ auch die grundsätzliche Frage nach einer Widerrufsklausel unbeantwortet. „Dazu gebe ich keinen Kommentar ab“, so Astrid Seitz.

Der Beirat lehnt die Widerrufsklausel indes einhellig ab und will an die Baubehörde schreiben. Sollten berechtigte Beschwerden von Anwohnern kommen, könne man über geeignete, angemessene Maßnahmen sprechen. Ein Abriss von Unterstand und Ballfangzaun komme dabei nicht in Betracht, war sich der Beirat in seiner Stellungnahme parteiübergreifend einig.

Hoffnungen setzt Beiratssprecher Gerd Ilgner (SPD) auf Staatsrat Wolfgang Golasowski. Er habe den Spitzenmann im Bauressort zwischenzeitlich angeschrieben, aber noch keine Antwort erhalten.